

Beschlussbuch 3.06.2023 Landesparteitag SPD Hamburg

cvtx

20. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

Wahl Wahlprogramm	1
2023/1/Wahl/1 Mehrsprachige Wahlunterlagen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	1
2023/1/Wahl/2 Stärkung von Wahlbeteiligung zur Chefsache machen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	2
Woh Wohnen / Stadtentwicklung	3
2023/1/Woh/1 Soziale Einrichtungen sowie alters- und behindertengerechte Wohnungen in Quartiersprojekten	
<i>Annahme</i>	3
2023/1/Woh/2 Verteilungsverfahren für die ab 2024 jährlich sicherzustellenden 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen auf städtischen Grundstücken	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	4
2023/1/Woh/3 Genossenschaftsmitglieder vor Wohnungsverlust schützen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	5
2023/1/Woh/4 Pipi macht das Schwimmbad warm: Fischbeker Reethen als nachhaltiges Modellquartier entwickeln	
<i>Annahme</i>	6
2023/1/Woh/5 Das „Sanierungsprogramm Hamburger Plätze“ ökologisch weiterführen	
<i>Annahme</i>	7
Verk Verkehr / Mobilität	8
2023/1/Verk/1 Leben retten, kurze Wege zu den Notrufsäulen auf den Bahnsteigen schaffen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	8
2023/1/Verk/3 Leistungsfähige Tangentialverbindungen als Ergänzung zum Schnellbahnnetz	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	9
2023/1/Verk/4 Taktgarantien bei der U-Bahn baldmöglichst umsetzen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	11

2023/1/Verk/5 Bewohnerparken digital und einfach – für Anwohner und Gäste	
<i>Annahme</i>	12
2023/1/Verk/6 Klimaticket auch für Beschäftigte der FHH	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	13
2023/1/Verk/7 Straßenbahnen in Harburg	
<i>Erledigt durch Ver/3</i>	14

Umw Umwelt / Energie 15

2023/1/Umw/1 Förderprogramme für Mini-Solaranlagen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	15
2023/1/Umw/2 Luftverschmutzung	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	16
2023/1/Umw/3 Denkmal[an Klima]schutz	
<i>Erledigt durch Verwaltungshandeln:</i>	17
2023/1/Umw/4 Dachbegrünung	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	18
2023/1/Umw/5 Erweiterung der Öffnungszeiten öffentlicher Toiletten in Hamburg	
<i>Annahme</i>	19
2023/1/Umw/6 Illegale Abholzung in Rumänien umgehend stoppen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	20

Arb Arbeit 21

2023/1/Arb/1 Für ein faires, bezahltes Praktisches Jahr für Medizinstudierende!	
<i>Annahme</i>	21
2023/1/Arb/2 Staatliche verordnete Ausbeutung bekämpfen! Für ein faires Praktisches Jahr.	
<i>Erledigt durch Arb/1</i>	22
2023/1/Arb/3 Arbeitsentgelt von Betriebsrät*innen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	23
2023/1/Arb/4 Faire Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft	
<i>Annahme</i>	24

2023/1/Arb/5 Solidarität mit den Beschäftigten des Tierparks Hagenbeck*Annahme* 25**Soz Soziales** 26**2023/1/Soz/1 Landespflegegeld***Annahme in geänderter Fassung* 26**2023/1/Soz/2 Seniorenstationen***Annahme* 27**2023/1/Soz/3 Solide Finanzierung der öffentlichen Schuldnerberatung***Annahme in geänderter Fassung* 28**2023/1/Soz/4 Beratung für Alleinerziehende vor Ort***Annahme in geänderter Fassung* 29**Bil Bildung / Ausbildung** 30**2023/1/Bil/1 Lehramtsstudiengang Rechtskunde***Annahme in geänderter Fassung* 30**2023/1/Bil/2 Ausbau des Ombudstellensystemes der Hamburger Schulbehörde***Annahme in geänderter Fassung* 31**2023/1/Bil/3 Unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierungen an Schulen***Annahme in geänderter Fassung* 32**2023/1/Bil/4 Ausbildungsgarantie – aber richtig!***Annahme* 33**2023/1/Bil/5 Zukunftsfähigkeit sichern - Hochschulen stärken***Annahme in geänderter Fassung* 34**2023/1/Bil/6 BAföG Chance für alle!***Annahme* 36**2023/1/Bil/7 Hamburger Schulesen soll weiterhin bezahlbar sein!***Erledigt durch Regierungshandeln* 37**Ges Gesundheit** 38**2023/1/Ges/1 Tarifbindung in den Hamburger Krankenhäusern stärken***Annahme in geänderter Fassung* 38

2023/1/Ges/3 Ruhetage zu streichen, bedeutet Mental Health zu streichen!*Annahme in geänderter Fassung* 39**Innen Inneres**

40

2023/1/Innen/2 Wiedereinführung des Systems „Spurwechsels“ für Migranten (w,m,d) ohne Asylanspruch*Annahme in geänderter Fassung* 40**2023/1/Innen/3 Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Duldungsstatus***Annahme in geänderter Fassung* 41**2023/1/Innen/4 Stärkung des Schiedsrichterwesens als Ehrenamt im Sport***Annahme in geänderter Fassung* 42**Recht Recht**

43

2023/1/Recht/1 Femizide verhindern – elektronische Fußfesseln für Gefährder*Annahme* 43**2023/1/Recht/2 Organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus durch effektiven Vermögenseinzug bekämpfen***Annahme in geänderter Fassung* 44**2023/1/Recht/3 Änderung des Waffengesetzes – Extremisten konsequent entwaffnen!***Annahme* 45**2023/1/Recht/4 Angleichung der Unterhaltsbeihilfe für die Hamburger Referendarinnen und Referendare und Streichung der Anrechnung von Nebentätigkeiten***Annahme in geänderter Fassung* 46**2023/1/Recht/5 Audiodokumentation der (strafrechtlichen) Hauptverhandlung – keine Unterstützung für den derzeitigen Gesetzesentwurf!***Annahme* 47**2023/1/Recht/6 Landestierschutzbeauftragte/r für Hamburg***Annahme* 48

Teilh Gleichstellung / Teilhabe	49
2023/1/Teilh/1 Regelblutung ist Normalität - Kostenlose Menstruationsprodukte im Kurt-Schumacher-Haus	
<i>Erledigt</i>	49
2023/1/Teilh/2 Catcalling sichtbar machen – Hamburg geht voran!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	50
2023/1/Teilh/4 Die Bundeswehr im 21. Jahrhundert - modern und offen	
<i>Annahme</i>	51
2023/1/Teilh/5 Beschleunigung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hamburg	
<i>Annahme</i>	52
Eur Europa	53
2023/1/Eur/1 Resolution: Europawahl 2024	
<i>Annahme</i>	53
2023/1/Eur/2 Europawahl 2024	
<i>Erledigt</i>	54
2023/1/Eur/3 Antrag für die Bundesliste zur Europawahl 2024 und zum Wahlprogramm	
<i>Erledigt</i>	55
2023/1/Eur/4 Vorsorge ist die beste Medizin - Arzneimittelversorgung in der EU sicherstellen	
<i>Annahme</i>	56
Wi/Steu Wirtschaft / Steuern	58
2023/1/Wi/Steu/6 Alternative öffentliche Silvesterfeiern erproben	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	58
Org Organisation	59
2023/1/Org/1 Aufstellung der Landeslisten für die Bürgerschaftswahl	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	59

Ini Initiativantrag **60**

2023/1/Ini/1 Günstige Senior*innentickets einführen
Annahme in geänderter Fassung 60

Wahl Wahlprogramm

2023/I/Wahl/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Mehrsprachige Wahlunterlagen

Der Landesparteitag möge beschließen:

SPD-Bürgerschaftsfraktion und die SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert zu prüfen, ob bei den Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen der Versand der Wahlunterlagen, die Ausfertigung des Musterstimmzettels und/oder einer beizufügenden Erläuterung auch in Leichter Sprache erfolgen kann.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Wahl/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Stärkung von Wahlbeteiligung zur Chefsache machen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung in Hamburg beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass

- (i) für die Bürgerschaftswahl wieder (mindestens) eine zentrale Briefwahlstelle eingerichtet wird
- (ii) die Bezirke für die Bezirksversammlungswahlen prüfen, ob sie eine ebensolche Möglichkeit schaffen und
- (iii) für die Bürgerschaftswahl eine überparteiliche Wahlkampagne durchgeführt wird.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Woh Wohnen / Stadtentwicklung

2023/I/Woh/1

Beschluss

Annahme

Soziale Einrichtungen sowie alters- und behindertengerechte Wohnungen in Quartiersprojekten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD in Hamburg hat bei künftigen Quartiersentwicklungsprojekten, insbesondere bei der Schaffung neuer Planungsgebiete, dafür Sorge zu tragen, dass öffentlich nutzbare, barrierefreie Räume für zivilgesellschaftliches Engagement vorgesehen und geschaffen werden.

Ebenfalls sind alters- und behindertengerechte Wohnungen mitzuplanen.

Überweisen an

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2023/I/Woh/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Verteilungsverfahren für die ab 2024 jährlich sicherzustellenden 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen auf städtischen Grundstücken

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Hamburger Senat werden aufgefordert, ein Verteilungsverfahren für die ab September 2024 über einen Zeitraum von fünf Jahren im Durchschnitt jährlich sicherzustellenden 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen auf städtischen Grundstücken zu erarbeiten. Die Bezirksämter sind bei der Erarbeitung des Verteilungsverfahrens einzubeziehen.
2. Das Verteilungsverfahren muss sicherstellen, dass die jährlich 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen auf städtischen Grundstücken, in Bezugnahme auf die Quoten des Vertrags für Hamburg zwischen dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und den sieben Hamburger Bezirken, möglichst gleichmäßig auf alle sieben Bezirke verteilt werden. Es darf nicht dazu führen, dass Bezirke mit einem hohen Anteil an städtischen Grundstücken über den vereinbarten fünfjährigen Betrachtungszeitraum einen überproportional hohen Anteil an der Sicherstellung der jährlichen 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen erbringen müssen. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass bei den Stadtentwicklungsprojekten „Oberbillwerder“, „Neue Gartenstadt Öjendorf“ und den Entwicklungsvorhaben der IBA Hamburg in Wilhelmsburg die bisherigen Beschlüsse des Senats und der Bezirksversammlungen (u.a. Masterpläne und Senko-Beschlüsse), in denen feste Quoten für die Entwicklung der frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungsbauformen festgelegt wurden, weiterhin Gültigkeit haben. Es sollen somit bei großen Stadtentwicklungsprojekten nicht überproportional viele öffentlich geförderte Wohneinheiten realisiert werden, d.h. in der Regel nicht mehr als über dem bislang geltendem Drittel-Mix.
3. Das Verteilungsverfahren muss Mechanismen berücksichtigen, die im Konfliktfall (z.B. zwischen den Bezirken) zur Anwendung kommen können und die in der Ziffer 2 dargestellten Anforderungen berücksichtigen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Woh/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Genossenschaftsmitglieder vor Wohnungsverlust schützen

Der SPD-Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft sowie die SPD-Fraktion im Bundestag beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion sollte in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Wohnungsbau-genossenschaften (insbesondere dem GdW) einen Gesetzentwurf entwickeln, um

1. die Kündigungsschutzgrenze in § 67c GenG in angespannten Wohnungsmärkten zu Gunsten des Genossenschaftsmitglieds zu erhöhen und
2. die Kündigungsschutzgrenze für solche Genossenschaftsmitglieder anzupassen, die in der Wohnung mit ihren minderjährigen Kindern leben.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion und Bundestagsfraktion

2023/I/Woh/4

Beschluss

Annahme

Pipi macht das Schwimmbad warm: Fischbeker Reethen als nachhaltiges Modellquartier entwickeln

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Baugebiet Fischbeker Reethen als ein nachhaltiges Quartier mit Modellcharakter entwickelt wird, in dem die Schwerpunkte auf möglichst effiziente lokale Ressourcennutzung gelegt werden. Sämtliche Möglichkeiten zur möglichst klimaneutralen Energieausbeute sind dabei einzusetzen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Woh/5

Beschluss

Annahme

Das „Sanierungsprogramm Hamburger Plätze“ ökologisch weiterführen

Das „Sanierungsprogramm Hamburger Plätze“ des Hamburger Senats hat in den Jahren von 2018 bis 2022 zu Investitionen von über 12 Millionen Euro in zwölf verschiedenen Quartiersplätzen geführt, mit dem Ziel diese Plätze, die in enger Abstimmung mit den Bezirken ausgesucht wurden, in neue Orte des Zusammenlebens zu transformieren und in moderne Orte mit hoher Aufenthaltsqualität weiter zu entwickeln. Beispielhaft seien der Bruno-Tesch-Platz in Altona und der Allende-Platz in Eimsbüttel genannt. Gleichzeitig sind Freiräume in Besitz der öffentlichen Hand Flächen, die auch unter dem Aspekt des Klimaschutzes und der ökologischen Wende zu betrachten sind. Hamburg ist darauf angewiesen, dass auch in einer Großstadt neue Bäume gepflanzt werden müssen – aus Sicht des globalen Klimaschutzes, aber auch aus Gründen der Verbesserung des urbanen Mikroklimas. Die immer neuen Hitzerekorde der vergangenen Sommer sind Mahnung genug. Beispiele für urbane Nachpflanzungen von Bäumen im großen Stil sind weltweit häufig vertreten – sog. Pocket Parks und Mikrowälder („Miyawakiwälder“) sind nur zwei Beispiele.

Daher beschließt der Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion:

1. Ein Programm aufzulegen, das die städtischen Freiräume neu analysiert, mit dem Ziel Optionen für neue und dichtere Baumpflanzungen zu entwickeln und umzusetzen. Es ist ein Paradigmenwechsel bei den Gestaltungsgrundsätzen durchzuführen mit der Maßgabe mehr Bepflanzungen zu ermöglichen
2. Gleichzeitig städtische Liegenschaften in diesem Programm zu eruieren, die bisher noch keine öffentlichen Frei- und Grünanlagen sind, die sich aber für die Etablierung von sog. Pocket-Parks/Mikro-Parks und/oder sog. Mikrowälder („Miyawakiwälder“) eignen und solche zu etablieren unter Maßgabe einer größtmöglichen Bepflanzung, bei gleichzeitiger hoher Aufenthalts- und Erholungsqualität.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Verk Verkehr / Mobilität**2023/I/Verk/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Leben retten, kurze Wege zu den Notrufsäulen auf den Bahnsteigen schaffen

Der SPD Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Informations- und Notrufsäulen auf den U- und S-Bahnsteigen kritisch überprüft und verbessert wird, mit der Maßgabe, dass von jedem Punkt eines Bahnsteigs die nächstgelegene Informations- und Notrufsäule weithin sichtbar ist (erforderlichenfalls mit unterstützender Beschilderung) und auch unter widrigen Umständen zügig erreicht werden kann.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Verk/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Leistungsfähige Tangentialverbindungen als Ergänzung zum Schnellbahnnetz

Die SPD-Landespartei tag möge beschließen und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion weiterleiten:

Zur Umsetzung der geplanten Mobilitätswende und zur Erreichung des gesteckten Ziels eines Anteils des Umweltverbundes am Gesamtverkehrsaufkommens von 80 % im Jahr 2030 braucht es einen Ausbau des schienengebundenen ÖPNVs. Wir Sozialdemokrat*innen wollen daher nie wieder aufhören, das Schienennetz in unserer Stadt auszubauen. Daher begrüßen wir die aktuell im Bau bzw. in Planung befindlichen Schienenprojekte, allen voran:

- U4-Verlängerung auf die Horner Geest
- U4-Verlängerung auf den Grasbrook
- U5 Bramfeld – Arenen
- S4 nach Rahlstedt, Ahrensburg, Bad Oldesloe
- S5 nach Kaltenkirchen
- S6 Harburg – Osdorfer Born (– Schenefeld)

–

Als zukünftige Projekte stehen die Verlängerung der U2 nach Lohbrügge und ggf. Oberbillwerder, der U4 nach Wilhelmsburg und Harburg sowie Jenfeld, eine Aktivierung der nördlichen Güterumgehungsbahn für den Personenverkehr, der zweigleisige Ausbau der Strecke Blankenese - Wedel, die Reaktivierung der Bahnstrecke Bergedorf – Geesthacht, der Verbindungsbahnentlastungstunnel einschließlich Erweiterung des Hauptbahnhofs im Raum.

Darüber hinaus werden wir prüfen, wo die Kapazitäten der Metro- und Expressbuslinien absehbar nicht mehr ausreichen werden und mit welchem Verkehrsmittel hier eine erweiterte Kapazität angeboten und größere Passagiermengen komfortabel befördert werden können. Die so identifizierten Potenzialstrecken und alternativen Verkehrsangebote werden wir frühzeitig in der kontinuierlichen Verkehrsentwicklungsplanung berücksichtigen. Damit wollen wir insbesondere die Tangentialverbindungen stärker in den Blick nehmen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Verk/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Taktgarantien bei der U-Bahn baldmöglichst umsetzen

Im Rahmen der Angebotsoffensive II hat der Senat im Sommer 2019 angekündigt: „Bei der U-Bahn wird in Großteilen des Netzes eine ganztägige 10-Minuten-Taktgarantie eingerichtet. Sie wird ergänzt durch eine 5-Minuten-Taktgarantie von Montag bis Freitag zwischen 06:00 Uhr und 21:00 Uhr auf den Linien U1 (Ochsenzoll – Volksdorf), U2 und U3. Auch an Samstagen und Sonntagen werden in diesem Bereich zwischen 09:00 Uhr bzw. 11:00 Uhr und 21:00 Uhr durchgängig 5-Minuten-Takte angeboten. In den werktäglichen Hauptverkehrszeiten werden die Takte kontinuierlich weiter verdichtet und somit über längere Zeiträume ein 3- bzw. 2,5-Minuten-Takt angeboten. Im Nachtverkehr und an Wochenenden wird ein 10- (U3) bzw. 20-Minutentakt (U1/U2) bereits ab dem Jahr 2020 eingerichtet. Für die U-Bahnmaßnahmen werden bis Ende 2020 ca. 50 Zugfahrer sowie 10 zusätzliche DT5-Fahrzeuge benötigt.“

Die Angebotsoffensive II wird seit dem Fahrplanwechsel 2019/2020 schrittweise umgesetzt. Wegen der Corona-Krise und der damit verbundenen Fahrgastzahlenrückgänge steht u.a. die vollständige Umsetzung der Taktgarantien bei der U-Bahn noch aus.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die im Rahmen der hvv-Angebotsoffensive II angekündigten 5- und 10-Minuten-Taktgarantien bis an den Stadtrand bei der U-Bahn (U1 Ochsenzoll – Volksdorf, U2 und U3) baldmöglichst umgesetzt werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Verk/5

Beschluss

Annahme

Bewohnerparken digital und einfach – für Anwohner und Gäste

Der Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

Der Hamburger Senat möge prüfen, ob digitale Alternativen zum gedruckten Parkausweis (z.B. Abfrage via Kennzeichen, Vignette) umgesetzt werden können. Zudem sollen weitere Zahlungsmethoden (z.B. PayPal, Sofortüberweisung, SEPA-Lastschrift) geprüft und umgesetzt werden, damit das Bezahlen keine Hürde mehr darstellt.

Überweisen an

Senat

2023/I/Verk/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Klimaticket auch für Beschäftigte der FHH

Der Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

Die zuständigen sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden gebeten,

- a) sich im Kontext der Tarifverhandlungen der Länder dafür einzusetzen, dass allen Tarifbeschäftigten auch eine vergünstigte Variante des Deutschlandtickets angeboten werden kann.
- b) ein solches Verhandlungsergebnis für die Hamburger Tarifbeschäftigten zeitnah umzusetzen und auf die Beamt*innen zu übertragen.
- c) nach Abschluss der Verhandlungen die öffentlichen Unternehmen (soweit noch nicht geschehen) aufzufordern, diesem Beispiel zu folgen.

Überweisen an

Senat

2023/I/Verk/7

Beschluss

Erledigt durch Ver/3

Straßenbahnen in Harburg

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Umw Umwelt / Energie**2023/I/Umw/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Förderprogramme für Mini-Solaranlagen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats beschließen:

1. sich im Verwaltungsrat der KfW dafür einzusetzen, dass ein Förderprogramm für Mieter*innen aufgelegt wird, mit dem der Ausbau von Balkonkraftwerken verfolgt wird und weiterhin
2. zu prüfen, wie ein Hamburg-Programm für einkommensschwächere Haushalte zum Ausbau von Balkonkraftwerken über das Landesförderinstitut ausgestaltet werden kann.

Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag werden die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung aufgefordert, sich für ein Förderprogramm für Mieter*innen zum Ausbau von Balkonkraftwerken einzusetzen.

Überweisen an

Bundesparteitag und Senat

2023/I/Umw/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Luftverschmutzung

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Die Bürgerschaftsfraktion solle ein schlüssiges Konzept zur Erfassung von Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung entwickeln, in welchem u.a. repräsentative randomisierte Reihenuntersuchungen an der Bevölkerung, die im Bereich von Straßen mit einem hohen Durchgangsverkehr lebt, sowie eine Erhöhung der Messungen der Luftverschmutzung durch den motorisierten Straßenverkehr Bestandteile sind.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Umw/3

Beschluss

Erledigt durch Verwaltungshandeln:

Denkmal[an Klima]schutz

Es gibt eine Praxishilfe der BKM zur Denkmalpflege zum Umgang mit erneuerbaren Energien und Denkmalbestand, dort wird genau zwischen den vom Antrag beschriebenen zu genehmigendem Regelfall und dem komplexen Sachverhalt unterschieden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Umw/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Dachbegrünung

Großstädte wie in Hamburg müssen sich in vielfältiger Weise mit dem Klimawandel auseinandersetzen. Die steigenden Temperaturen betreffen eine große Zahl von Menschen und sind im urbanen Umfeld eine noch größere Herausforderung. Die Städte haben ein besonderes Interesse die Zunahme der Temperaturen entgegenzuwirken – für die Bewohnerinnen und Bewohner direkt und gleichzeitig für den globalen Klimaschutz.

Dem Baumbestand und Gewächsen in städtischen Gebieten kommt in mehreren Aspekten eine herausragende Bedeutung zugute. Sie dienen der Verbesserung des sogenannten Mikroklimas und sind gleichzeitig bedeutend bei der Reduzierung des atmosphärischen Co₂-Abteils.

Ein noch zu hebendes Flächenpotential sind vorhandene und zukünftige Dachflächen und Fassadenbereiche. Hier ist es notwendig Rahmenbedingungen zu schaffen diese Flächen intensiver als bisher zu begrünen. Diese Aufgabe

kann nur behördenübergreifend und in Zusammenarbeit mit den betreffenden Fachgesellschaften und Kammern erfolgreich umgesetzt werden. Dazu ist es notwendig die maßgebliche Verordnung dazu, die Hamburgische Bauordnung, im Sinne des Klimaschutzes anzupassen.

Daher beschließt der Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion:

1. Bei der anstehenden Novellierung der Hamburgischen Bauordnung zu prüfen, inwieweit bei Neubauvorhaben eine substanzielle Fläche des entsprechenden Daches, resp. der Fassade begrünt ausgeführt werden kann.
2. Weiterhin zu prüfen, ob ein Programm aufgelegt werden kann, dass für Neubauvorhaben und Sanierungsvorhaben eine substanzielle finanzielle Förderung vorsieht, die sich an pro Quadratmeter realisierter Begrünung von Dach und Fassade orientiert, die über die vorgeschriebene Fläche hinausgeht.
3. Außerdem soll gewährleistet sein, dass Begrünungen aus Ziffer 1 und 2 mindestens den sog. Retentionsstandard erfüllen, um eine substanzielle Begrünung zu erreichen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Umw/5

Beschluss

Annahme

Erweiterung der Öffnungszeiten öffentlicher Toiletten in Hamburg

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen, dass die zuständige Behörde der Stadt Hamburg die Öffnungszeiten und Reinigungszeiten der öffentlichen Toiletten im Hamburger Stadtgebiet überprüfen und ggf. auf mindestens 6 bis 24 Uhr erweitern soll.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Umw/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Illegale Abholzung in Rumänien umgehend stoppen!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Bundestagsfraktion und Bundesregierung sowie die sozialdemokratischen EU-Abgeordneten sollten sich dafür einsetzen, dass illegale Abholzungen in den riesigen Waldgebieten in Rumänien gestoppt werden. Dabei sollte ein Verbot von Holzimporten aus Rumänien nach Deutschland und in andere EU-Staaten in Betracht gezogen werden.

Überweisen an

Bundesregierung, Bundestagsfraktion, Europaabgeordnete

Arb Arbeit**2023/I/Arb/1****Beschluss**

Annahme

Für ein faires, bezahltes Praktisches Jahr für Medizinstudierende!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sollen darauf hinwirken, dass die Approbationsordnung für Ärzte mit Blick auf den § 3 IV ÄApprO bzw. § 47 ÄApprO-E dahingehend angepasst wird, dass Studierende der Humanmedizin im Praktischen Jahr eine gerechte und faire Vergütung, welche mindestens 50% des tariflichen Einstiegsgehalts für Assistenzärzt*innen beträgt, erhalten. Die Deckelung der Geldleistungen wird gestrichen und die Verrechnung mit Sachleistungen unterbunden.

Überweisen an

Bundesparteitag

2023/I/Arb/2

Beschluss

Erledigt durch Arb/1

**Staatliche verordnete Ausbeutung bekämpfen! Für ein faires
Praktisches Jahr.**

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundesregierung, Bundestagsfraktion

2023/I/Arb/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Arbeitsentgelt von Betriebsrät*innen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

In der jetzigen Fassung des Betriebsverfassungsgesetzes § 37 Abs. 4:

„Ehrenamtliche Tätigkeit, Arbeitsversäumnis“

*Das Arbeitsentgelt von Mitgliedern des Betriebsrats darf einschließlich eines Zeitraums von einem Jahr nach Beendigung der Amtszeit nicht geringer bemessen werden als das Arbeitsentgelt vergleichbarer Arbeitnehmer*innen mit betriebsüblicher beruflicher Entwicklung. Dies gilt auch für allgemeine Zuwendungen des Arbeitgebers.*

soll folgender Satz ergänzt werden:

Bei der Bemessung des Arbeitsentgelts und der allgemeinen Zuwendungen sind auch die bei Wahrnehmung der Betriebsrätstätigkeit erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen wie auch die auf Dauer wahrgenommenen Aufgaben zu berücksichtigen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2023/I/Arb/4

Beschluss

Annahme

Faire Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Der Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

1. eine eindeutige Definition des Qualifizierungsbegriffs festgeschrieben wird
2. die Verankerung von Mindestlaufzeiten für die Qualifizierungsbefristung, die als Mindestlaufzeit die Bewilligungszeiträume von Drittmittelförderungen berücksichtigt werden. Als Vorbild kann hier der §28 Hamburgisches Hochschulgesetz dienen.
3. die Trennung von Projektbefristung, Qualifizierungsbefristung und Daueraufgaben implementiert wird.
4. eine verbindliche Ausgestaltung der Verlängerungsoptionen zum Nachteilsausgleich festgeschrieben wird.
5. studentische Beschäftigungszeiten nicht in die festgesetzten Fristen anzurechnen sind.
6. ein Beteiligungsverfahren von Hochschulen, Studierenden, Doktorandinnen und Doktoranden, Beschäftigten im tenure track Verfahren, von Habilitandinnen und Habilitanden sowie von Gewerkschaften und Personalräten zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz eingeleitet wird.
7. geprüft wird, inwieweit Habilitandinnen und Habilitanden dem Qualifizierungsweg des tenure track gleichgestellt werden und bei erfolgreicher Habilitation eine Verstetigung erfahren.
8. geprüft wird, inwieweit der Bundesgesetzgeber in föderale Strukturen eingreift.
9. sichergestellt wird, dass es zu keiner Altersdiskriminierung gibt und im Sinne eines lebenslangen Lernens Stellen ohne Altersvorgaben ausgeschrieben werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Arb/5

Beschluss

Annahme

Solidarität mit den Beschäftigten des Tierparks Hagenbeck

Die SPD Hamburg bekundet ihre volle Solidarität mit den Beschäftigten des Tierparks Hagenbeck und unterstützt die Forderung nach einem Abschluss eines Tarifvertrages.

Wir als SPD stehen an der Seite der Arbeitnehmer*innen und unterstützen diese bei Ihrem Wunsch und dem Kampf nach fairen und sicheren Arbeitsbedingungen. Tarifverträge sind ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Gerade private Institutionen wie der Tierpark Hagenbeck und seine Eigentümerfamilie stehen hier in der Pflicht.

Überweisen an

SPD Hamburg

Soz Soziales**2023/I/Soz/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Landespflegegeld

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Sätze der nach §27b SGB XII in der Höhe und der Berechnung eine regelmäßige und zeitnahe Anpassung an die Inflation erfahren. Zudem soll geprüft werden, ob und wie ein Landespflegegeld eingeführt wird, dass Seniorinnen und Senioren, die einzig auf ihr Taschengeld (Barbetrag) als Verfügungsgeld zurückgreifen können, eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und notwendige, persönliche Ausgaben zur Körperpflege, zur Zuzahlung für Medikamente u.a. sicherstellt.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Soz/2

Beschluss

Annahme

Seniorenstationen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Seniorenstationen gegründet werden, die alle Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren unter einem Dach bündeln und für dezentrale Beratungs- und Versorgungsangebote sorgen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Soz/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Solide Finanzierung der öffentlichen Schuldnerberatung

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat der Freien und Hansestadt wird aufgefordert zu prüfen, wie das Modell zur Finanzierung der öffentlichen Schuldnerberatung zu ändern ist. Anstatt sie ausschließlich über Fallpauschalen zu regeln, soll zumindest ein wesentlicher Teil der Finanzierung über eine von Fallzahlen unabhängige Pauschalfinanzierung erfolgen.

Überweisen an

Senat

2023/I/Soz/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Beratung für Alleinerziehende vor Ort

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und der Senat werden aufgefordert zu prüfen, wie in den Bezirken eine zentrale Anlaufstelle zur Information und Koordinierung von Hilfen für Alleinerziehende etabliert werden kann.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Bil Bildung / Ausbildung**2023/I/Bil/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Lehramtsstudiengang Rechtskunde

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine Stärkung des Themas „Recht/Rechtskunde“ in der Lehrer*innen-Ausbildung einzusetzen, z. B. im Rahmen entsprechender verpflichtender Ausbildungsinhalte für PGW-Lehrer*innen. Analog soll auch der Stellenwert des Themas Rechtskunde im Unterricht gestärkt werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Bil/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Ausbau des Ombudstellensystemes der Hamburger Schulbehörde

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, eine Öffentlichkeitskampagne über Aufgaben, Funktionen und Zielgruppen der Ombudsstellen durchzuführen.

Im Anschluss an diese Öffentlichkeitskampagne ist auszuwerten, inwiefern sich aus einer ausweiteten Nutzung der Bedarf für eine höhere Zahl an Ombudsleuten ergibt. Für diesen Fall sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den tatsächlichen Bedarf abzudecken. Nötigenfalls ist hierbei auch die Einstellung hauptamtlicher Ombudsleute zu prüfen.

Zeitgleich sollen die behandelten Fälle dahingehend untersucht werden, ob und welche erweiterten Kompetenzen der Ombudsstellen sinnvoll wären. Diese sind anschließend zu implementieren.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Bil/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierungen an Schulen

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Bürgerschaft *werden aufgefordert, zu prüfen, wie eine Beschwerdestelle für diskriminierende Vorfälle im Geschäftsbereich der Behörde für Schule und Berufsbildung eingerichtet werden kann. Dabei sind der Auftrag der Beschwerdestelle und die rechtliche Verankerung auszugestalten. Hierbei sind unter anderem die folgenden Punkte zu berücksichtigen:*

1. Die Beschwerdestelle soll für Schüler*innen, Eltern und Beschäftigte niedrigschwellig erreichbar sein.
2. Die Aufgaben der Beschwerdestelle sollen die Beratung Betroffener und die Aufklärung von diskriminierenden Vorfällen sowie die Durchführung von Antidiskriminierungsworkshops umfassen.
3. Die Bearbeitung von eingegangenen Beschwerden soll in enger Absprache mit den betroffenen Personen geschehen.
4. Die Beschwerdestelle soll eine möglichst hohe Unabhängigkeit bei der Bearbeitung ihres Auftrages erhalten.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Bil/4

Beschluss

Annahme

Ausbildungsgarantie – aber richtig!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die SPD-Mitglieder im Hamburger Senat, sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die geplante Ausbildungsgarantie, wie sie im Koalitionsvertrag steht, mitsamt eines sog. Zukunftsfonds, wie ihn der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, umgesetzt wird.

Elemente der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie müssen dabei auch sein:

1. Ein systematisches Übergangsmangement zwischen Schule und Beruf,
2. Förderung der Mobilität von Auszubildenden und
3. Bei Bedarf Schaffung außerbetrieblicher Ausbildung

Außerdem muss ein Umlagesystem mit einer Steuerungswirkung versehen werden, die sowohl Bedarfe von Bewerber*innen, als auch von Industrie, Handwerk und anderen Ausbildungsbranchen berücksichtigt und so ein passendes Ausbildungsangebot schafft. Weiterhin soll bei Insolvenz des Ausbildungsbetriebs die IHH aktiv bei der Suche nach einem alternativen Ausbildungsbetrieb unterstützen und auch finanzielle Hilfe leisten.

Überweisen an

Bundestagsfraktion, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2023/I/Bil/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Zukunftsfähigkeit sichern - Hochschulen stärken

Der Landesparteitag der SPD-Hamburg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg fordert den Senat und die Bürgerschaft auf, ein Stabilisierungs- und Entwicklungsprogramm für den Hochschulbereich zu erarbeiten, das die Folgen der Inflation und der Energiekrise auffängt und den Hochschulen ermöglicht, zur nachhaltigen Transformation der Gesellschaft mit dem Ziel einer klimaneutralen und ökologisch verantwortbaren Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft beizutragen. Dieses Programm muss insbesondere

- eine mittel- und langfristige Wissenschaftsstrategie verwirklichen, die alle Hochschulaufgaben umfasst und die alle Gruppen von Hochschulmitgliedern einbezieht und aktiviert,
- durch Lehre, Studium und Weiterbildung gesellschaftlichen Wandel und Bildungsgerechtigkeit fördern,
- die Digitalisierung so zielgerichtet gestalten, dass Kooperation in Präsenz bestmöglich unterstützt wird,
- die Qualifikation von Wissenschaftler*innen durch selbstbestimmte wissenschaftliche Arbeit in verlässlichen Beschäftigungsverhältnissen ermöglichen,
- die Einführung eines „Tarifvertrags studentischer Beschäftigter“ in der Tarifgemeinschaft der Länder weiter voranbringen,
- dafür Sorge tragen, dass bei den anstehenden Tarifverhandlungen Lohnsteigerung für die Beschäftigten erzielt werden,
- wissenschaftliche Exzellenz mit gesellschaftlicher Verantwortung für humane Lebensbedingungen in einer nachhaltig kultivierten natürlichen Umwelt verbinden,
- am Ziel einer überproportionalen Steigerung der Hochschulfinanzierung festhalten,

am Bauprogramm Hochschule mit einem Finanzvolumen von rund 3 Mrd. Euro trotz der Kostensteigerung festhalten.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Bil/6

Beschluss

Annahme

BAföG Chance für alle!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein erstmaliger BAföG-Anspruch nie verloren geht. Ein Fachrichtungswechsel, wenn zuvor keine BAföG-Förderung beantragt, soll keine Rolle im Anspruch auf die Förderung spielen. Deshalb sollen die Punkte unter § 7 Absatz 3, bei erstmaligem BAföG-Antrag, nicht angewandt werden, sodass bei einem Erstantrag jeder Studiengang wie ein Erststudium gefördert wird.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundesregierung, Bundestagsfraktion

2023/I/Bil/7

Beschluss

Erledigt durch Regierungshandeln

Hamburger Schulessen soll weiterhin bezahlbar sein!

Förderprogramm für die Bezuschussung von Schulessen bleibt bestehen.

Überweisen an

Senat

Ges Gesundheit**2023/I/Ges/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Tarifbindung in den Hamburger Krankenhäusern stärken

Der Landesparteitag möge beschließen und dem Senat weiterleiten:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob im Rahmen der weiteren Krankenhausplanung das Hamburgische Krankenhausgesetz, dahin ergänzt werden kann, dass Investitionen der Freien und Hansestadt Hamburg in die Krankenhäuser an eine Tarifbindung der Hamburger Krankenhausbetreiber und deren Tochterunternehmen gebunden werden können.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Ges/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Ruhetage zu streichen, bedeutet Mental Health zu streichen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die SPD-

Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, sich aktiv im Sinne der Petition des „Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.“ (BRF) gegen die Streichung der Ruhetage während der schriftlichen Prüfungen der ersten juristischen Prüfung („1. Staatsexamen“) einzusetzen. Konkret soll eine Rücknahme des Beschlusses der Justizprüfungsämter aus dem Mai 2022 und die Neubewertung der jeweiligen Prüfungstermine durch die einzelnen (Landes-) Justizprüfungsämter erreicht werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Innen Inneres**2023/I/Innen/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Wiedereinführung des Systems „Spurwechsels“ für Migranten (w,m,d) ohne Asylanspruch

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, dass durch das aktuelle Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder die bestehende Gesetzeslage verhindert wird, dass Einwandernde mit positivem Sozialverhalten und ausreichenden Deutschkenntnissen, die nach ihrer Ausbildung einen Arbeitsvertrag erhalten haben, nach bereits mehrjährigen Aufenthalt in Deutschland ausgewiesen werden können.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2023/I/Innen/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Duldungsstatus

Der SPD-Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen, dass darauf hingewirkt werden soll, dass Menschen bereits während der Klärung ihres Aufenthaltsstaus einer bezahlten Tätigkeit nachgehen dürfen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Innen/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Stärkung des Schiedsrichterwesens als Ehrenamt im Sport

Die SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg folgende Maßnahme zur Förderung des Schiedsrichterwesens als ehrenamtliche Tätigkeit insbesondere im hamburgischen Sport beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, ob folgende Maßnahmen zur Förderung des Schiedsrichterwesens als ehrenamtliche Tätigkeit insbesondere im hamburgischen Sport umgesetzt werden können:

Aufnahme der Schiedsrichterausbildung in den Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten im Sinne des Hamburgischen Bildungsurlaubsgesetzes (§1, Abs. 4).

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Recht Recht**2023/I/Recht/1****Beschluss**

Annahme

Femizide verhindern – elektronische Fußfesseln für Gefährder

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge - sowie als Aufforderung an die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senats, die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung - beschließen:

Um Femizide zu verhindern soll, um ein angeordnetes Annäherungsverbot wirksam zu kontrollieren, für Gefährder das Tragen einer elektronische Fußfessel angeordnet werden können.

Die bedrohte Frau soll dabei, wie die Polizei, automatisch durch ein Alarmsignal auf ihr Mobiltelefon gewarnt werden, sobald der Gefährder sich in ihrer Nähe befindet, um sich in Sicherheit zu begeben.

Überweisen an

Bundesregierung, Bundestagsfraktion, Senat

2023/I/Recht/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus durch effektiven Vermögenseinzug bekämpfen

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den internationalen Terrorismus schnellstmöglich alle rechtlichen und tatsächlichen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Einziehung von Vermögen, welches entweder aus der organisierten Kriminalität oder dem internationalen Terrorismus stammt oder für dessen Finanzierung genutzt werden soll, nachhaltig zu verbessern.

Auch eine Beweislastumkehr ist zu prüfen, damit die Justiz schnell und wirksam handeln kann.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundesregierung, Bundestagsfraktion

2023/I/Recht/3

Beschluss

Annahme

Änderung des Waffengesetzes – Extremisten konsequent entwaffnen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge – soweit die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion betroffen ist, zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD - beschließen:

Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD-Mitglieder des Senats, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, baldmöglichst eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Waffengesetzes auf den Weg zu bringen, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte „Entwaffnung von Terrorist*innen und Extremist*innen“ umzusetzen. Insbesondere sind die Regelvermutungen in § 5 Absatz 2 WaffG dahin zu erweitern, dass künftig auch Personen, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden, im Regelfall nicht die gebotene Zuverlässigkeit besitzen und somit keine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundesregierung, Bundestagsfraktion, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2023/I/Recht/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Angleichung der Unterhaltsbeihilfe für die Hamburger Referendarinnen und Referendare und Streichung der Anrechnung von Nebentätigkeiten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um den Hamburger Rechtsreferendar*innen einen im bundesweiten Vergleich angemessenen Lebensunterhalt zu gewährleisten:

1. Angleichung des Grundbetrages der monatlichen Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendar*innen an den Anwärtergrundbetrag der Besoldungsgruppe A13 gemäß Anlage VIII zum Hamburgischen Besoldungsgesetz.
2. Erhöhung des Freibetrages („Anrechnungsgrenzbetrag“) für die Anrechnung von Vergütungen für Nebentätigkeiten auf die monatliche Unterhaltsbeihilfe bei gleichzeitiger Änderung des Anrechnungsmodells von einer hälftigen zu einer vollständigen Anrechnung.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2023/I/Recht/5

Beschluss

Annahme

Audiodokumentation der (strafrechtlichen) Hauptverhandlung – keine Unterstützung für den derzeitigen Gesetzesentwurf!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag mit dem Auftrag zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

Die der SPD angehörenden Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, den Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz für ein Gesetz zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung (Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz – DokHVG) in der jetzt vorliegenden Form abzulehnen. Es ist ein neuer Entwurf vorzulegen, der einen effektiven Opferschutz gewährleistet, dysfunktionales Verteidigungsverhalten ausschließt und die tatsächlich entstehenden Kosten vorab klärt.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2023/I/Recht/6

Beschluss

Annahme

Landestierschutzbeauftragte/r für Hamburg

Der Landesparteitag der Hamburger SPD möge beschließen: 1. Die SPD-Landespolitiker*innen in Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass in Hamburg die Einrichtung einer/eines Landestierschutzbeauftragten geschaffen wird. 2. Die/Der Hamburgische Landestierschutzbeauftragte soll als fachlich und politisch unabhängige Organisationseinheit in der für Tierschutz zuständigen Behörde, derzeit der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, angesiedelt werden. 3. Die Einrichtung einer/eines Hamburgischen Landestierschutzbeauftragten soll mit erheblichen Kompetenzen ausgestattet werden. 4. Der/Dem Hamburgischen Landestierschutzbeauftragten ein Arbeitsstab aus weiteren für Tier-schutzfragen qualifizierten Mitarbeiter*innen und Bürokräften zur Verfügung gestellt werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Teilh Gleichstellung / Teilhabe

2023/I/Teilh/1

Beschluss

Erledigt

Regelblutung ist Normalität - Kostenlose Menstruationsprodukte im Kurt-Schumacher-Haus

Hygieneprodukte sind an der Pforte erhältlich, Hinweise liegen in den Toiletten

Überweisen an

SPD Hamburg

2023/I/Teilh/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Catcalling sichtbar machen – Hamburg geht voran!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, sogenannte „Catcalling-Weeks“ in der Stadt Hamburg einzuführen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2023/I/Teilh/4

Beschluss

Annahme

Die Bundeswehr im 21. Jahrhundert - modern und offen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sollen darauf hinwirken, dass das Soldatengesetz - insbesondere § 17 SG - und auch die entsprechenden internen Dienstvorschriften baldmöglichst dergestalt angepasst wird, dass künftig Soldat*innen durch das freie und vor allem auch für die Öffentlichkeit wahrnehmbare Ausleben ihrer Sexualität im privaten Kontext keine dienstrechtlichen Konsequenzen zu befürchten haben.

Ebenso ist auch die bloße Vermerkung bzw. Speicherung bekanntgewordenen privaten Sexualverhaltens zu unterlassen.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundesregierung, Bundestagsfraktion

2023/I/Teilh/5

Beschluss

Annahme

Beschleunigung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hamburg

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat beschließen:

Der SPD-Mitglieder des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass in allen Behörden der Stadt die Beschleunigung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hamburg geprüft und kontinuierlich umgesetzt werden.

Überweisen an

Senat

Eur Europa**2023/I/Eur/1****Beschluss**

Annahme

Resolution: Europawahl 2024

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die Europawahl 2024 findet gleichzeitig mit den Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt. Wichtig sind dabei gemeinsame Themen von besserem und bezahlbarem Wohnen, Klima- und Umweltschutz und sozialem Zusammenhalt.

Zentral wird die Frage sein, wie Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekämpft werden können, weil sie unsere Demokratien, den Rechtsstaat und unsere lebenswerte demokratische Zukunft bedrohen.

Die Europawahl 2024 muss für Hamburg dazu führen, dass die Kandidierenden der SPD Hamburg auf der SPD-Bundesliste einen aussichtsreichen Platz erhalten. Hamburg ist wichtig für Europa und Europa für Hamburg - es geht hier z.B. um Außenhandel und Arbeitsplätze, Zukunftstechnologien und den Hamburger Hafen.

Alle Menschen in der Europäischen Union treiben die Sorgen um Frieden, die Zukunft der Europäischen Union und das Leben und Arbeiten in der Europäischen Union um. Das Wahlprogramm der SPD sollte unbedingt eine Antwort auf die Fragen finden, wie Menschen künftig in der EU arbeiten und leben können, wovon sie leben können und wie eine Solidarität der Generationen hergestellt werden kann.

Überweisen an

SPD Hamburg

2023/I/Eur/2

Beschluss

Erledigt

Europawahl 2024

durch Eur/1

Überweisen an

SPD Hamburg

2023/I/Eur/3

Beschluss

Erledigt

Antrag für die Bundesliste zur Europawahl 2024 und zum Wahlprogramm

durch Eur/1

Überweisen an

Bundesparteitag

2023/I/Eur/4

Beschluss

Annahme

Vorsorge ist die beste Medizin - Arzneimittelversorgung in der EU sicherstellen

Nicht nur die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, sondern auch der Russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben deutlich gemacht wie verwundbar die Europäische Union gegenüber Störungen internationaler Lieferketten ist. Unsere Gesundheitssysteme wurde durch die bestehenden einseitigen Lieferabhängigkeiten in der Arzneimittelproduktion empfindlich getroffen. So sind etwa viele Antibiotika aus der Kinderarztpraxis nicht mehr verfügbar, sodass kürzlich einige Bundesländer bekanntgegeben haben, die Einfuhrregeln von nicht zugelassenen Medikamenten – etwa Antibiotika-Säften – zu lockern.

Aktuell findet die Produktion der meisten medizinischen Wirkstoffe zum großen Teil im Ausland statt und konzentriert sich dort auf wenige Standorte – manchmal sogar auf eine einzige Fabrik weltweit. Nach Schätzungen werden mittlerweile etwa 80 bis 90 Prozent aller Antibiotika in China und Indien hergestellt. Kommt es dann aus verschiedensten Gründen zu einer Störung der Lieferketten, steht die Versorgungssicherheit in Deutschland und in der Europäischen Union auf dem Spiel.

Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament dazu auf, eine konzertierte Aktion innerhalb der Europäischen Union zur Sicherung der Arzneimittelversorgung voranzutreiben.

Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission erste Schritte in Bezug auf die Arzneimittelkrise eingeleitet hat. Insbesondere wurde 2021 die Generaldirektion für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) eingerichtet, deren Ziel sein soll, zur strategischen Autonomie im Bereich der Arzneierstellung beizutragen. Hier fehlt es aber noch an einer Strategie, die mit konkreten Maßnahmen versehen ist. Diese gilt es in Zusammenarbeit mit der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) herauszuarbeiten. Mit dem Important Project of Common European Interest Health (IPCEI-Health) wurde außerdem ein Fonds zur Stärkung der europäischen Gesundheitswirtschaft aufgelegt. Auch die Bundesregierung hat mit dem Plan zur Verhinderung von Medikamentenengpässen entscheidende Weichen gestellt. Diese gilt es noch stärker europäisch zu verzahnen, dabei stehen die Elemente Rückverlagerung der Produktion, Diversifizierung der Lieferketten und Bevorratung im Vordergrund.

Rückverlagerung der Produktion

Um die Produktionsstandort Europa zu stärken, müssen mehr finanzielle Mittel in den Aufbau und möglichen Umbau von Produktionsstätten für besonders kritische Wirkstoffe und Arzneimittel investiert werden. Neben einer sukzessiven Erhöhung der IPCEI-Mittel muss der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU ab 2028 sicherstellen, dass die Mittel für HERA sowie für das Forschungsprogramm HORIZON erhöht werden.

Für die Entwicklung neuer Arzneimittel – vor allem Antibiotika – und die Produktion im Sinne einer langfristigen Versorgungsstrategie muss verstärkt die Gründung öffentlich-privater Produktentwicklungsgesellschaften auf europäischer Ebene vorangetrieben werden. Neben der Stärkung der Innovative Medicine Initiative – einer Initiative der Europäischen Kommission und der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA - Dachverband) – wäre es sinnvoll, die Gründung weiterer Public Private Partnerships sowohl finanziell als auch durch Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen zu fördern. Hier geht es vor allem darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass langfristig Arzneimittel und Antibiotika in der EU / in Europa entwickelt und produziert werden.

Diversifizierung der Lieferketten

Zur Sicherung und Diversifizierung unserer Lieferketten braucht es eine verstärkte gemeinsame Beschaffung von Arzneimitteln auf europäischer Ebene. Damit schaffen wir nicht nur allen 27 Mitgliedstaaten den gleichen Zugang zu wichtigen Arzneimitteln und Medizinprodukten, sondern verfügen mit knapp 450 Mio. Bürger:innen auch über eine beträchtliche Marktmacht. Bei den Auswahlkriterien im Beschaffungsprozess sollte künftig nicht ausschließlich auf das Prinzip des „wirtschaftlich günstigsten Angebots“ gesetzt werden, sondern unter anderem auch berücksichtigt werden, inwiefern das jeweilige Produkt zur Versorgungssicherheit der EU beiträgt. Dazu gehört insbesondere die Verlagerung der Produktion in die EU selbst („reshoring“) aber auch die Herstellung in den umliegenden Staaten der EU („nearshoring“).

Bevorratung

In Zukunft müssen die Hersteller und Distributoren verstärkt bei der Vorratshaltung in die Pflicht genommen werden. Hierbei braucht es ein gemeinsames (digitales) Monitoring der Europäischen Union. Dieses ist so auszugestalten, dass es als gemeinsame transparente Plattform für die Kommission sowie nationalen Regierungen und die Hersteller dient und die Verfügbarkeit und Engpässe von Antibiotika und Arzneimitteln offenlegt. Hierfür könnten Synergien mit der sich im Aufbau befindenden „European Shortages Monitoring Platform“ (als Teil der EMA) gehoben werden.

Überweisen an

Bundesregierung und Europaabgeordnete

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern**2023/I/Wi/Steu/6****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Alternative öffentliche Silvesterfeiern erproben

Der Landesparteitag der Hamburger SPD möge beschließen:

Die SPD-Landes- und Bezirkspolitiker*innen einschließlich der SPD-Senator*innen und SPD-Bezirksamtsleiter*innen werden aufgefordert, zu prüfen, ob ab dem Jahreswechsel 2023/2024 in Hamburg zentral gelegene öffentliche Feiern mit gegenüber dem bisher üblichen Silvesterfeuerwerk alternativen Showprogrammen wie etwa Drohnen- oder Lasershows am Himmel, und mit familiengerechten Rahmenprogrammen veranstaltet werden können,

wobei diese alternativen öffentlichen Silvesterfeiern anschließend ausgewertet und dabei insbesondere berücksichtigt werden soll,

- ob und wie diese Feiern von den Bürger*innen angenommen werden,
- ob und in welchem Umfang diese Feiern friedlicher verlaufen als Silvesterfeiern früherer Jahre,
- ob und in welchem Umfang dadurch in der Stadt Straftaten, Verletzungen, Angriffe auf Rettungs- und Ordnungskräfte sowie der Umfang des Silvestermülls im öffentlichen Raum zurückgehen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion, Senat, SPD Hamburg

Org Organisation

2023/I/Org/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Aufstellung der Landeslisten für die Bürgerschaftswahl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Liste für die Bürgerschaftswahl und Bezirksversammlungswahl muss an dem Punkt enden, an dem keine alternierende Aufstellung von Frauen und Männern durchgehalten wird. Dies gilt für Wahlkreislisten und Landesliste, sowie Wahlkreislisten und Bezirkslisten.

Diese Formulierung ist dem Anhang zum Organisationsstatut mit aufzunehmen.

Der Anhang zum Organisationsstatut der Landesorganisation (Bezirk) Hamburg wird hinter

- (i) II. 1. b) Satz 2;
- (ii) III. B. 1. Satz 1;
- (iii) III. C. c);
- (iv) III. 3. Satz 2 und
- (v) IV.2. Satz 2

jeweils um folgenden Satz ergänzt:

„Die Vorschlagsliste endet an der Stelle, an der eine alternierende Aufstellung von Frauen und Männern nicht mehr erfolgt.“

Überweisen an

SPD Hamburg

Ini Initiativantrag**2023/I/Ini/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Günstige Senior*innentickets einführen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert zu prüfen, wie bei nächster Gelegenheit günstige ÖPNV-Tickets für Senior*innen (ab dem vollendeten 65. Lebensjahr) umgesetzt werden könnten.